

Pressemitteilung

Berlin, 16. Februar 2011



Absolute Mehrheit der Ärzte für eine Öffnungsklausel

Die absolute Mehrheit der niedergelassenen Ärzte spricht sich für eine Öffnungsklausel in der staatlichen Gebührenordnung aus. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid hervor.

Von den im Januar und Februar 2011 befragten 200 Ärzten befürworten 57 Prozent die Einführung einer Öffnungsklausel, die es ihnen ermöglichen würde, gemeinsam mit der privaten Krankenversicherung von der staatlichen Gebührenordnung abweichende Vereinbarungen zu treffen.

Noch höher sind die Zustimmungsraten, wenn nach konkreten Inhalten möglicher Vereinbarungen gefragt wird: Fast 70 Prozent der Ärzte sind bereit, Qualitätsverträge außerhalb der Gebührenordnung abzuschließen. Mehr als 80 Prozent der befragten Ärzte könnten sich Verträge über eine Arzneimittelberatung vorstellen.

Zu den Ergebnissen der Umfrage erklärt der Direktor des PKV-Verbandes, Volker Leienbach: „Die Ärztebasis denkt offenkundig völlig anders über eine Öffnungsklausel als die Ärztefunktionäre. Die große Mehrheit der Ärzte sieht in der Möglichkeit zu eigenen Qualitätsverträgen mit der PKV erkennbar keine Bedrohung, sondern vielmehr neue Chancen. Das zeigen die extrem hohen Zustimmungsraten. Die absolute Mehrheit der Ärzte spricht sich sogar ausdrücklich für eine Öffnungsklausel aus, obwohl diese von den Ärzteverbänden seit Jahren heftig abgelehnt wird. Vor diesem Hintergrund laden wir die Ärzteschaft und Zahnärzteschaft erneut ein, mit uns über dieses wichtige Instrument zu reden und es sinnvoll anzuwenden.“

Pressesprecher
Stefan Reker

Telefon
(030) 204589-44

Telefax
(030) 204589-33

E-Mail
presse@pkv.de

Internet
www.pkv.de

Friedrichstraße 191
10117 Berlin

Dem PKV-Verband gehören 43 Unternehmen an, bei denen 30,5 Mio. Versicherungen bestehen: Rund 8,9 Mio. Menschen sind komplett privat krankenversichert, dazu gibt es ca. 21,6 Mio. Zusatzversicherungen.